

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Ein Jahr zwischen Höhenflug in der Aussenpolitik und inneren Problemen

Ein Rückblick auf das aussen- und innenpolitische Geschehen im Jahr 1990 – UNO-Beitritt als markantes Zeichen nach aussen – wie weiter im Steuergesetz?

(G.M.) – 1990 dürfte wohl als aussenpolitisches Jahr in die Geschichte unseres Landes eingehen: Der UNO-Beitritt wurde mit der Abstimmung in New York und dem Hissen der Flagge vor dem Hauptquartier vollzogen, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die massgeblichen Anteil an der weltweiten Anerkennung Liechtensteins hat, zelebrierte glanzvoll ihre zweite Gipfelkonferenz in Paris, die Verhandlungen zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) zogen nach wenig umfassenden Vorbereitungsarbeiten den aussenpolitischen Apparat intensiv in Beschlag. Auf der innenpolitischen Bühne sind die vorzeigbaren Erfolge, obwohl die Regierungsmitglieder am kürzlichen Pressegespräch eine weitgehend positive Bilanz zogen, eher spärlicher ausgefallen. Die Ablehnung des Steuergesetzes kann mit einer schallenden Ohrfeige an die Adresse des zuständigen Ressortinhabers oder mit einem Misstrauensvotum der Stimmberechtigten an Regierung und Landtag gleichermaßen erklärt werden.

Das politische Jahr beginnt im Fürstentum Liechtenstein in der Regel mit der Eröffnung des Landtags und mit der Thronrede des Landesfürsten. Fürst Hans-Adam II. widmete ganz im Stile der Vorjahre seine Thronrede weitgehend aussenpolitischen Themen und unterstrich die Bedeutung einer «klugen Aussenpolitik» für unser Land angesichts der Umwälzungen im Osten und den Integrationsbestrebungen in Westeuropa. Dass er dem damals vor der entscheidenden Abstimmung in New York stehenden UNO-Beitritt nur wenige Worte widmete, dafür aber den Erläuterungen zur Lage vor der Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) breiten Raum anräumte, hängt mit seiner realistischen Einschätzung der Möglichkeiten eines kleinen Landes, in diesem sich ordnenden Feld einen adäquaten Platz zu finden, zusammen. Die nach der Landtagseröffnung publizierten Berichte der Regierung über «Das Fürstentum Liechtenstein und die europäische Integration» dürften ihn, wie auch viele andere, in der Auffassung bestärkt haben, dass eine gewisse Skepsis gegenüber den Vorstellungen und Verlautbarungen sowie deren tatsächlicher Umsetzung durchaus am Platz sei.

UNO-Beitritt und Europa-Verhandlungen

Die parteipolitisch motivierten Verkündungen der Mehrheitspartei, die das ganze Jahr im Jubelton erhalten blieben, kontrastierten in erheblichem Ausmass mit den tatsächlichen Möglichkeiten, die einem kleinen Land mit geringer Vorbereitung auf die grossen Verhandlungen übrig blieben. Im Überschwang war die Rede von Liechtenstein als einem «geachteten» und «verlässlichen» Partner in Europa und der Welt, doch demonstrierte unser Aussenminister im Fall der UNO-Sanktionen gegen Irak, dass auf diese verbale Verlässlichkeit noch nicht unbedingt Verlass ist: Erst nachdem die westeuropäischen Staaten (inklusive der Schweiz) die Sanktionen einige Tage in die Tat umgesetzt und besorgte Stimmen in den Medien nach der liechtensteinischen Haltung gefragt hatten, erfolgte der Anschluss Liechtensteins an die

UNO-Beschlüsse. Wäre Liechtenstein in der Welt derart geachtet, wie das die VU-Presse als Organ der Mehrheitspartei gerne hätte, so dürften die Reaktionen auf diese unentschlossene Haltung merklich undiplomatisch ausgefallen sein. Bis sich eine Annäherung zwischen Vision und Wirklichkeit, zwischen Propaganda und Tatsache ergeben hat, wird Liechtenstein wohl noch mehrfach gezwungen sein, echt Farbe zu bekennen.

Im Bereich der europäischen Politik, deren Auswirkungen unser Land naturgemäss bedeutend direkter und existentieller trifft als UNO-Beschlüsse, ist die grosse Auseinandersetzung im zu Ende gehenden Jahr noch ausgeblieben. Eine echte Positionierung zwischen Regierung und Wirtschaftsverbänden hat es bisher noch nicht gegeben, doch klaffen zwischen dem Verhandlungsverlauf zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und den Vorstellungen der einheimischen Wirtschaft erhebliche Unterschiede. Was die Regierung noch mit Schutzklauseln bewahren möchte, nachdem offenbar das Instrument der Ausnahmeregelungen fallengelassen werden musste, erscheint dem liechtensteinischen Arbeitnehmerverband (LANV) als «nicht vertretbar» und der Gewerbe- und Wirtschaftskammer als «unvorstellbar». Ob die «Sondersituation Liechtensteins» in jener Form, wie sie die Regierung in ihren Bericht hoffnungsfroh in Aussicht stellt, auch von den anderen Verhandlungspartnern akzeptiert wird, bleibt vorerst eine offene Frage. Allerdings bleibt auch offen, wie sich die zuständigen Behörden eine Annäherung der offenbar diametral entgegengesetzten Auffassungen zwischen Regierung und Wirtschaftsverbänden vorstellen können. Und eine solche müsste, im Unterschied zum Szenarium beim UNO-Beitritt, eigentlich erfolgen, wenn nicht die eine oder andere Seite plötzlich vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollte.

Umfassender Schutz des Lebensraumes

Von existentieller Bedeutung für unser Land sind aber nicht nur die aussenpolitischen Verhandlungen, sondern auch die Bemühungen zur Erhaltung der Umwelt und des Lebensraumes. Mit der Verabschiedung von verschiedenen Umweltgesetzen konnte im letzten Jahr und in den Vorjahren zwar ein entsprechender gesetzlicher Rahmen geschaffen werden, der die Voraussetzungen zum gezielten Schutz der Umwelt in verschiedenen Ausprägungen schafft, doch konnte eine der Grundvoraussetzungen für die Erhaltung unserer Landschaft vorerst noch nicht erfüllt werden. Die Schaffung einer landesweiten Landwirtschaftszone, die einen Teil des nicht vermehrbaren Bo-



Die Aufnahme in die UNO war zweifellos das bedeutendste aussenpolitische Ereignis für unser Land im zu Ende gehenden Jahr 1990. Unser Bild zeigt das Hissen der liechtensteinischen Flagge vor dem UNO-Hauptgebäude in New York. (Archivbild)

dens einer Bebauung entziehen und der landwirtschaftlichen Nutzung erhalten sollte, wurde vom Landtag aufgrund von verschiedenen, durchwegs nicht stichhaltigen Vorbehalten der Mehrheitsfraktion vertagt, in eine Kommission gegeben. Die Vision vom Stadtstaat, die zweifellos alle mit Schrecken erfüllt, wog in der vorläufigen, etwas kurzfristig gehaltenen Endabrechnung weniger als das Feilschen um ein paar Gebietsteile, die sich vielleicht einmal beim Poker um Wählerstimmen als Pfand erweisen könnten. Die Mehrheit im Landtag hat sich hier, wie übrigens auch auf anderen Gebieten, nicht als tragende Säule erwiesen, sondern als Opposition, deren Zielrichtung nicht ganz klar erscheint: Zumindest die Erhaltung des Landes oder der Landschaft in der heutigen Form steht nach

diesen Auseinandersetzungen nicht zuoberst auf der Prioritätenliste.

Eine ähnliche Haltung, die wohl grundsätzlich zustimmend formuliert wird, in der konkreten Ausgestaltung von Vorschriften oder gesetzlichen Bestimmungen jedoch Ausweichmanöver erkennen lässt, ist auch hinsichtlich der Motorfahrzeugsteuer sowie der Subventionen für Umweltinvestitionen ersichtlich gewesen. Beide Themen stehen schon jahrelang auf der Tagesordnung der Umweltschutzpolitik, doch scheut sich der zuständige Finanzminister, auf diesen Gebieten ein Stück Neuland zu betreten. Das «Modell Liechtenstein», das sonst so oft besprochen wird, findet seine Grenzen an Gegenständen recht einfacher Natur, die jedoch etwas politischen Mut, Weitsicht und Überzeugungskraft verlangen würden.

Diese Eigenschaften vermissen die Stimmberechtigten auch bei der Vorlage für das neue Steuergesetz, das nach Auffassung von Fachleuten im Ansatz richtig war, durch die zahlreichen Änderungen infolge «besonderer Verhältnisse» aber zu einem Werkzeug wurde, dessen Handhabung sich die einfachen Bürgerinnen und Bürger nicht mehr vorstellen konnten, zumindest nicht was die propagierten Vorzüge der Einfachheit, Gleichheit und Gerechtigkeit betrifft. Die massive Ablehnung des Steuergesetzes hätte in einem anderen Staat zu Konsequenzen bei den obersten Behörden und Steuerbehörden geführt, nachdem diese in recht konkreter Form das bestehende Steuergesetz als nicht nur ungerecht, sondern auch als unhaltbar deklariert hatten. Die Konsequenzen der verantwortlichen Mehrheitspartei bestanden jedoch einzig in der Einbringung einer Interpellation im Landtag, mit der die Regierung angefragt wurde, was sie nach dem Desaster nun zu tun gedanke.

Möglicherweise gelingt der Regierung in ihrer Antwort, die vorerst noch aussteht, ein grosser Wurf. Die Chancen sind allerdings eher gering, denn im Bereich der Finanzpolitik scheint kein glücklicher Stern über der heutigen Regierung zu stehen. Nachdem frühere Warnungen der Opposition vor einer Scherenentwicklung bei den Einnahmen und Ausgaben für den Staatshaushalt als Schwarzmalerei in den Wind geschlagen wurden, ergibt sich zusehends die Situation, dass die staatlichen Reserven in der heutigen Zeit der Hochkonjunktur eingesetzt werden müssen. Woher die Mittel für die Finanzierung der Investitionen zu einer Zeit kommen sollten, wenn sich die Kurve der abgebauten Reserven mit jener eines Wirtschaftsabschwungs in einer Abwärtsbewegung trifft, wird heute nur am Rande im Bericht über die Finanzplanung erwähnt. Die Schlussfolgerungen können selbst gezogen werden: Sparen, Steuererhöhungen oder Schulden. Die Perspektiven sind nicht gerade verlockend, doch gerade am Anfang eines Jahres sollte der Mut nicht fehlen, auch Unpopuläres anzupprechen oder sogar an die Hand zu nehmen.

Rückblick auf das Jahr 1990

1990 wird bald der Vergangenheit angehören. Für viele und für vieles war es ein Schicksalsjahr. Der Aufbruch im Osten hat zu einer Änderung in Europa geführt, die Integration im Westen ist weiter vorangeschritten. Zahlreiche Katastrophen haben die Welt erschüttert, andere Erschütterungen wirken noch nach. Doch es gab auch Positives zu vermelden. All dies hat unsere Mitarbeiterin Elisabeth Bruha in einem mehrteiligen Jahresbericht zusammengefasst. Die erste Folge dieses Jahresrückblicks ist in dieser Ausgabe enthalten, die übrigen werden in den nächsten Ausgaben veröffentlicht. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir viel Spass beim Durchblättern und Nachlesen, was sich alles ereignet hat – und was, man vielleicht schon nicht mehr weiss.

1990 war ein schwieriges Jahr für die Banken

VOLKSBLATT-Umfrage bei den drei Bankinstituten des Fürstentums Liechtenstein

(G.M.) – Das zu Ende gehende Jahr 1990 bezeichnen die drei liechtensteinischen Banken als ein schwieriges Jahr. Für das kommende Jahr 1991 besteht, wie aus einer Umfrage des VOLKSBLATT bei allen drei Bankinstituten hervorgeht, eine gewisse Hoffnung auf eine Veränderung, doch wird mit tieferen Erträgen als bisher gerechnet.

Die Zinssituation machte den Banken im Jahre 1990 zu schaffen. Die «markanten Umlagerungen von Kundengeldern und die ungentügenden Zinsanpassungen im Ausleihungsbereich» führten nach Ansicht von Karlheinz Heeb, Direktor der liechtensteinischen Landesbank, zu einer deutlichen Zinsmargenverengung. Angesichts der anhaltend hohen Inlandteuerung erwartet Peter Kappeler, Generaldirektor der VPBank, keine substantielle Lockerung der Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank, so dass sich wenig Veränderungen bei den Zinsen im kommenden Jahr ergeben werden.

Eine Anpassung wird hingegen bei den Hypothekenzinsen erwartet, da diese Zinssätze immer noch unter dem schweizerischen Niveau liegen. BIL-

Generaldirektor Fritz Bühler schliesst eine weitere Runde bei den Hypothekenzinsen nicht aus, da diese in Zukunft mehr von den Marktkräften als durch politische Überlegungen bestimmt sein sollten. Karlheinz Heeb, Direktor der Landesbank, spricht von «subventionierten Zinssätzen» im Zusammenhang mit den Hypothekenzinsen, glaubt jedoch, dass die Landesbank «Garant für tiefe Hypothekenzinssätze bleiben könne, solange die günstigen Rahmenbedingungen gegeben» seien. VPBank-Generaldirektor Peter Kappeler weist auf die «volkswirtschaftliche Verantwortung» seiner Bank hin, wenn er die tiefen Hypozinsen (im Vergleich zur Schweiz) kommentiert.

Das Umfeld für die Banken dürfte auch im neuen Jahr schwierig bleiben,

gibt sich Landesbank-Direktor Heeb überzeugt, doch weist er gleichzeitig auf günstige Strukturen der Landesbank, die es erlauben sollten, ohne Probleme über die Runden zu kommen. In die gleiche Richtung zielt die Antwort von VPBank-Generaldirektor Kappeler, nach dessen Einschätzung nur jene Banken überleben werden, die entweder einen «umfassenden Service» anbieten oder in Marktnischen tätig sind. Fritz Bühler, BIL-Generaldirektor, sieht ein ähnlich schwieriges Jahr auf die Banken zukommen wie das abgelaufene: «Die momentanen Konjunkturaussichten sowie die politischen Ereignisse signalisieren weiterhin Vorsicht.»

Die Interviews mit den Direktoren der drei liechtensteinischen Banken lesen Sie im Innern der heutigen Ausgabe.

STARK WIE IMMER, IN BÜROMÖBELN, BÜROGERÄTEN, BÜROSYSTEMEN.

Büro-Systeme AG
Im Alten Riet 38, 9494 Schaan, 075/201 70
Grünaustrasse 25, 9470 Buchs, 085/633 09

FÜR EINE GUTE AUS SICHT

federer
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
GRÜNAUSTR. 1, 9470 BUCHS, TEL. 085/62818